

Start

Sie befinden sich hier:

Dauerbrenner „Schulstruktur“

Thema der Woche



(9.2.2011) **Das Ringen um die bestmögliche Schulstruktur geht weiter: Knapp zwei Monate, nachdem der Landtag die vierte Schulrechtsnovelle (u. a. Abschaffung der Kopfnote) beschlossen hat, haben am Mittwoch zahlreiche Fachleute über weitere Änderungsvorschläge verschiedener Fraktionen beraten. So fordern die Linken ein flexibles Baukastensystem für die gymnasiale Oberstufe (Drs. 15/134) und das Ende des Turbo-Abiturs (Drs.15/135). SPD und Grüne hingegen wollen den 30. September in einem fünften Schulrechtsänderungsgesetz als endgültigen Geburts-Stichtag für die I-Dötzchen festsetzen (Drs. 15/1061).**

"Eine Umkehr von G8 zu G9 würde zu einem Chaos in den Schulen führen", kritisierte Eberhard Kwiatkowski von der Landeselternkonferenz NRW. Zwar müsse die Politik noch an einigen Stellen nachbessern. Doch insgesamt sei es viel wichtiger, nun auf der Zielgeraden konstante Rahmenbedingungen zu schaffen, betonten auch Dr. Herbert Heermann von der Katholischen Elternschaft NRW und Dr. Uwe Maerz von der Landeselternschaft Gymnasien NRW: Die Eltern seien das ständige Hü und Hott leid.

"Wir sehen nicht, dass durch die Umstellung auf G8 irgendwelche Vorteile entstanden sind", sprach sich hingegen Benedikt Haumer von der LandesschülerInnenvertretung für ein Ende der verkürzten Abiturzeit aus. Davor warnte wiederum Peter Silbernagel vom Philologenverband NRW. Denn nähme Nordrhein-Westfalen das Turbo-Abi tatsächlich zurück, würde sich das Bundesland damit isolieren.

Flexible Oberstufenzeit

Silbernagel bezeichnete es zudem als organisatorisch und pädagogisch bedenklich, die Länge der Oberstufe, wie von den Linken vorgeschlagen, individuell in die Hände der Schülerinnen und Schüler zu legen. "Wir sollten zunächst einmal abwarten, was sich bis März 2013 ergibt und dann sauber evaluieren", plädierte Silbernagel. Abgesehen davon könnten Jugendliche schon jetzt eine Klasse überspringen oder wiederholen, die Oberstufe also sowohl in zwei, drei oder vier Jahren durchlaufen. Genau aus diesem Grund sah auch Elternvertreter Maerz aktuell keinen strukturellen Handlungsbedarf. Im Gegensatz zu Haumer: Dieser unterstützte den Vorschlag der Linken, die Oberstufe möglichst flexibel zu gestalten und verspricht sich davon eine möglichst individuelle Förderung.

Eingefrorener Stichtag

Stichwort Stichtag: Die meisten Kommunen seien dafür, die Geburts-Stichtag für die Einschulung einzufrieren, sagte Prof. Dr. Angela Faber vom Städtetag NRW. Gleichzeitig kritisierte sie jedoch den rot-grünen Gesetzentwurf: Denn dieser berücksichtige nicht, dass sich die vorgeschlagene Stichtags-Änderung finanziell erheblich auf die Städte und Gemeinden als Jugendhilfeträger auswirke. "Die Kitas haben anders geplant, die mussten anders planen", betonte Faber. Verschiebe das Land den Stichtag nun, anders als vorgesehen, nicht weiter nach hinten, würden geschätzt bis zu 25 Prozent eines Jahrgangs später eingeschult, als die Jugendhilfe auf Basis der aktuellen Gesetzeslage eingeplant habe. Das verursache zusätzliche Kindergartenkosten, für die das Land nach dem Konnexitätsprinzip aufkommen müsse. Ansonsten sei es fraglich, ob Städte und Gemeinden das gesteckte Ziel beim U3-Ausbau rechtzeitig erreichen könnten.

Neben vielen Kommunen sprach sich auch Elternvertreter Kwiatkowski dafür aus, den Stichtag einzufrieren: "Unsere Kinder sind in ihrem Entwicklungsstand und Lerntempo unterschiedlich", begründete er seine Auffassung. Ähnlich äußerte sich Gerhard Stranz vom Progressiven Eltern- und Erzieherverband: Das Wohl des Kindes müsse absolute Priorität haben. Deshalb sei es richtig, das verpflichtende Einschulalter nicht noch weiter runter zu setzen, warnte Joachim Miekisch vom Landeselternrat der Gesamtschulen: "Die pädagogischen Konzepte sind da wirklich noch nicht ausgereift."

Zahlreiche Elternvertreter sprachen sich zudem dafür aus, den Elternwillen beim Zeitpunkt der Einschulung weiter zu stärken. Väter und Mütter sollten ihr Kind früher aber auch später einschulen dürfen, forderte unter anderen Kwiatkowski. Dies müsse selbst dann möglich sein, wenn, wie bisher im Schulgesetz vorgeschrieben, keine erheblichen gesundheitlichen Gründe vorlägen, meinte Dorothea Schäfer von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft. Ähnlich wünschte sich Heermann, dass Eltern bei einer späteren Einschulung stärker einbezogen und nicht nur angehört würden - sie würden ihr Kind schließlich am besten kennen. Allerdings gab Faber in diesem Zusammenhang zu Bedenken: "Es gibt auch Kinder, deren Interesse die Eltern nicht interessiert."

Text: Daniela Braun

Foto: Bernd Schälte